

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Lutz Heilmann, Eva Bulling-Schröter, Hans-Kurt Hill, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/9307 –**

Wirksame Begrenzung des CO₂-Ausstoßes neuer Personenkraftwagen

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Winfried Hermann, Bettina Herlitzius, Peter Hettlich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/9105 –**

Ambitionierte europäische Emissionsnormen für mehr Klimaschutz im Straßenverkehr

A. Problem

Die Antragsteller bemängeln die aus ihrer Sicht nicht ausreichenden Bemühungen der Bundesregierung und der Europäischen Union für den Klimaschutz. Insbesondere zur Reduktion der CO₂-Emissionen aus Kraftfahrzeugen seien bei den Verhandlungen auf europäischer Ebene keine geeigneten Instrumente vorgeschlagen worden.

Die Bundesregierung wird mit dem Antrag auf Drucksache 16/9307 unter anderem aufgefordert,

- sich auf europäischer Ebene für die Einführung eines durchschnittlichen CO₂-Ausstoßes von 120 Gramm pro Kilometer ab dem Jahr 2012 für neu zugelassene Pkw einzusetzen,
- bis 2020 ein Reduktionsziel auf 80 Gramm pro Fahrkilometer festzulegen und
- für Überschreitungen der Grenzwerte ab 2012 Abgaben vorzusehen, die zu mindestens 50 Prozent zur Förderung von umwelt- und sozialgerechter Mobilität verwendet werden.

Die Bundesregierung wird mit dem Antrag auf Drucksache 16/9105 unter anderem aufgefordert,

- sich auf europäischer Ebene für die Einführung eines durchschnittlichen CO₂-Ausstoßes der Fahrzeugflotten von 120 Gramm pro Kilometer ab dem Jahr 2012 für neu zugelassene Pkw einzusetzen und eine Verschiebung der Grenzwertfestsetzung auf das Jahr 2015 zu verhindern,
- in einer Verordnung festzulegen, dass der Grenzwert ab dem Jahr 2020 80 Gramm pro Fahrkilometer betragen wird,
- eine Anrechnung des Einsatzes von Biokraftstoffen zur Erreichung des Flottengrenzwertes von 120 Gramm pro Kilometer nicht zuzulassen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/9307 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/9105 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 16/9307 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 16/9105 abzulehnen.

Berlin, den 11. Februar 2009

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Petra Bierwirth
Vorsitzende

Jens Koeppen
Berichterstatter

Detlef Müller (Chemnitz)
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Lutz Heilmann
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Jens Koeppen, Detlef Müller (Chemnitz), Michael Kauch, Lutz Heilmann und Hans-Josef Fell

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/9307** wurde in der 164. Sitzung des Deutschen Bundestages am 30. Mai 2008 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der Antrag auf **Drucksache 16/9105** wurde in der 164. Sitzung des Deutschen Bundestages am 30. Mai 2008 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Die Antragsteller bemängeln die aus ihrer Sicht nicht ausreichenden Bemühungen der Bundesregierung und der Europäischen Union für den Klimaschutz. Insbesondere zur Reduktion der CO₂-Emissionen aus Kraftfahrzeugen seien bei den Verhandlungen auf europäischer Ebene keine geeigneten Instrumente vorgeschlagen worden.

Die Bundesregierung wird mit dem Antrag auf Drucksache 16/9307 unter anderem aufgefordert,

- sich auf europäischer Ebene für die Einführung eines durchschnittlichen CO₂-Ausstoßes von 120 Gramm pro Kilometer ab dem Jahr 2012 für neu zugelassene Pkw einzusetzen,
- bis 2020 ein Reduktionsziel auf 80 Gramm pro Fahrkilometer festzulegen und
- für Überschreitungen der Grenzwerte ab 2012 Abgaben vorzusehen, die zu mindestens 50 Prozent zur Förderung von umwelt- und sozialgerechter Mobilität verwendet werden.

Die Bundesregierung wird mit dem Antrag auf Drucksache 16/9105 unter anderem aufgefordert,

- sich auf europäischer Ebene für die Einführung eines durchschnittlichen CO₂-Ausstoßes der Fahrzeugflotten von 120 Gramm pro Kilometer ab dem Jahr 2012 für neu zugelassene PKW einzusetzen und eine Verschiebung der Grenzwertfestsetzung auf das Jahr 2015 zu verhindern,
- in einer Verordnung festzulegen, dass der Grenzwert ab dem Jahr 2020 80 Gramm pro Fahrkilometer betragen wird,
- eine Anrechnung des Einsatzes von Biokraftstoffen zur Erreichung des Flottengrenzwertes von 120 Gramm pro Kilometer nicht zuzulassen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/9307 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/9307 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/9307 abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/9105 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/9105 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/9105 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Öffentliche Anhörung

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 74. Sitzung am 4. November 2008 eine öffentliche Anhörung zu den Anträgen auf den Drucksachen 16/9307 und 16/9105 durchgeführt.

Hierzu hat der Ausschuss folgende Sachverständige eingeladen:

Prof. Dr.-Ing. Stefan Gies
Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen

Dr. Thomas Schlick
Verband der Automobilindustrie e. V.

Gerd Lottsiepen
Verkehrsclub Deutschland e. V.

Dr. Axel Friedrich

Jürgen Hacker
Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz

Prof. Dr. Hubert Weiger
BUND

Jürgen Resch
Deutsche Umwelthilfe

Die Ergebnisse sind in die Beratungen des Ausschusses eingeflossen. Die schriftlichen Stellungnahmen der geladenen Sachverständigen – Ausschussdrucksachen 16(16)510(A) bis 16(16)512 – sowie das Wortprotokoll der Anhörung sind der Öffentlichkeit zugänglich.

2. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Anträge auf den Drucksachen 16/9307 und 16/9105 in seiner Sitzung am 25. Juni 2008 anberaten und am 11. Februar 2009 abschließend behandelt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass mit der Verabschiedung einer geänderten Fassung des Vorschlags der EU-Kommission durch das Europäische Parlament ein Kompromiss über die künftigen Reduktionsziele erreicht worden sei. Die Anträge seien daher überholt. Man lehne außerdem die geforderte Vorgabe ab, dass Einsparungen lediglich durch fahrzeugtechnische Maßnahmen erreicht werden sollten und trete für Technologieoffenheit und Ecoinnovationen ein. Die Strafzahlungen müssten moderat ausfallen und der Technik angepasst sein.

Die **Fraktion der SPD** betonte, dass viele der Forderungen der Anträge durch die Beschlüsse auf europäischer Ebene bereits erfüllt seien. Man hätte sich zwar weitergehende Grenzwerte und Zielvorgaben vorstellen können, sei aber auch mit dem gefundenen Kompromiss einverstanden.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, dass sie die Anträge aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ablehne. Man sei der Auffassung, dass die wirksamsten Wege zu mehr Klimaschutz im Verkehrsbereich in der Einführung des Emissionshandels und der Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer zu sehen seien. Dies würde zusätzliche Anreize durch eine verändertes Fahrverhalten setzen. Man weise außerdem darauf hin, dass alle Reduktionsmaßnahmen unterhalb des Grenzwertes keine weiteren Anreize aus-

lösen würden, dies wäre beim Konzept der Fraktion der FDP dagegen der Fall.

Die **Fraktion DIE LINKE.** stellte fest, dass die Bundesregierung sich vornehmlich für die Interessen der Automobilindustrie einsetze und wirksame Klimaschutzauflagen verhindere. Dies führe zu einer verfehlten Modellpolitik. Die amerikanischen Hersteller hätten die deutschen Hersteller im Bereich der Effizienz bald überholt. Die Bundesregierung führe eine sog. Abwrackprämie ohne jegliche Klimaschutzkriterien ein und setze auch bei der Kfz-Steuerreform keinerlei Anreize zum Erwerb sparsamer Autos. Während die Wirtschaftskrise in absehbarer Zeit überwunden werden könne, sei dies beim Klimawandel nicht der Fall. Der Verkehrssektor sei der einzige, der in Europa weiter kontinuierlich steigende CO₂-Emissionen aufweise. Die Begrenzung der Emissionen am Fahrzeug sei eine der wirkungsvollsten Maßnahmen, um hier gegenzusteuern.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, dass die bisherigen Maßnahmen der von CDU/CSU und SPD geführten Koalition sowie der EU zur Reduktion der CO₂-Emissionen nicht ausreichend seien. Viele der wirtschaftlichen Probleme der Automobilindustrie, die große Kraftfahrzeuge mit zu hohem Verbrauch produzieren würde, resultierten auch aus der Missachtung des Klimaschutzes in den letzten Jahren und Jahrzehnten. General Motors sei hierfür ein Beispiel. Als die Benzinpreise stiegen, hätten immer weniger Menschen Modelle mit hohem Spritverbrauch gekauft. Man erwarte in den kommenden Jahren eine weitere Verknappung von Erdöl, daher sei es aus Klimaschutzgründen und Konjunkturgründen richtig, durch strengere Emissionsnormen den Druck auf die Automobilindustrie, effizientere Fahrzeuge anzubieten, zu erhöhen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 16/9307 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 16/9105 abzulehnen.

Berlin, den 11. Februar 2009

Jens Koeppen
Berichterstatter

Detlef Müller (Chemnitz)
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Lutz Heilmann
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

